



**„DER STREIT UM DIE  
,SEELE‘ (DAN DINER)  
DER BUNDESREPUBLIK  
HÄLT UNTER  
VERÄNDERTEN  
BEDINGUNGEN UND MIT  
MEHR TEILNEHMERN  
AUCH NACH DER  
VEREINIGUNG DER  
BEIDEN DEUTSCHEN  
STAATEN AN.“**

# Unvollendete Republik oder die Fortführung des Historikerstreits in der vereinigten Bundesrepublik

---

Der vorliegende Beitrag zeigt, dass der zentrale Konflikt des historischen „Historikerstreits“ aus der alten Bundesrepublik (BRD) um die Beurteilung der Shoah und ihrer Folgen in der neuen Republik weiter präsent ist. Die „Relativierung“ und „Historisierung“ der Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen und des damit einhergehenden Zivilisationsbruchs der nationalsozialistischen deutschen Industriegesellschaft werden heute von mehr Akteuren betrieben als dies 1986 der Fall war. Anders als in der Mitte der 1980er Jahre werden die verschiedenen Positionen jedoch seltener kritisch begleitet oder öffentlich skandalisiert. Die Selbstanerkennung der deutschen Gesellschaft als nachnationalsozialistische Republik, die den Opfern des Nationalsozialismus verpflichtet bleibt und die Rechte aller ihrer Bürger und Bürgerinnen anerkennt, hat auf der rechtlich institutionellen Ebene Fortschritte gemacht. Betrachtet man aber die politische Kultur der Gesellschaft, so bleibt dieser Fortschritt umstritten. Der „Kampf um die Seele der BRD“ (Dan Diner) hält nach der Vereinigung beider nachnationalsozialistischer Gesellschaften weiter an.

---

Die Shoah war kein Völkermord unter vielen. Niemals zuvor war der Versuch gemacht worden, alle Juden und Jüdinnen, weil sie Juden und Jüdinnen sind, vollständig zu ermorden. Viele deutsche Wirtschaftsunternehmen, das Militär, Finanzbehörden, die Polizei und ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie die Bündnispartner des Deutschen Reiches und Teile der von den Deutschen besetzten Länder waren an diesen Verbrechen beteiligt.

Nicht nur die Eliten der deutschen Gesellschaft verfolgten dieses Ziel, das auch dann nicht aufgegeben wurde, als sichtbar wurde, dass seine Verfolgung ökonomische, militärische und andere Schäden hervorrief. Die Moderne selbst wurde von den deutschen Tätern und Täterinnen verabschiedet. Das nennt man den Zivilisationsbruch (Diner 1988). Den deutschen Verbrechen fielen nicht nur Juden und Jüdinnen, sondern auch Menschen aus Polen, Russland, der Ukraine und viele andere zum Opfer. Die deutschen Verbrechen blieben nach dem Ende des Nationalsozialismus lange unverstanden (Wyman 1996). Während des „Historikerstreits“ der 1980er Jahre, der bedeutendsten

gesellschaftlichen Kontroverse der alten Bundesrepublik Deutschland (BRD), stand zwischen den Beteiligten nicht nur infrage, welchen Charakter die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen und der Zivilisationsbruch hatten und ob sie mit anderen Verbrechen gleichzusetzen waren (Augstein et al. 1997). Es stand auch infrage, welche Relevanz und Bedeutung beide für die Gegenwart hatten. Der Historiker Dan Diner nannte den Historikerstreit daher einen „Kampf um die Seele der BRD“.<sup>1</sup>

Die Argumente konservativer Intellektueller zielten nicht nur auf eine „Relativierung“ der Verbrechen. Sie zielten auch auf eine Minimierung deutscher Verantwortung und Haftung sowie auf eine „Historisierung“ der Ereignisse im Gedächtnis der Gegenwart (Diner 1987). Die Shoah sollte so wie Cäsars oder Napoleons Feldzüge erinnert werden.

Die Bedingungen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über den Charakter nationalsozialistischer Verbrechen sowie ihre Bedeutung haben sich in der vereinigten Republik geändert. Dieser Aufsatz zeigt, dass heute nicht mehr lediglich liberale und linke Kritiker und Kritikerinnen gegen eine konservative Gesichtspolitik streiten. Heute hadern konservative, im weitesten Sinne linke und andere Autorinnen und Autoren mit einem neu befestigten post-nationalen Verfassungskonsens. Eine völkische Bewegung sucht ihn völlig zu zerstören. Die neue Republik ist deshalb aus vielerlei Gründen „unvollendet“ (Hoffmann 1990) und massiv gefährdet.

## Neue Bundesrepublik Deutschland

Was sich in der neu vereinigten BRD gegenüber dem historischen „Historikerstreit“ entscheidend geändert hat, ist ihre Neukonstituierung als Folge des Untergangs der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die BRD ist ein neues Staatswesen, obwohl es mit nur wenigen Ausnahmen dieselbe Verfassung hat wie die 1949 konstituierte Republik. Die neue vereinigte Republik kam ohne den auf der Potsdamer Konferenz noch anvisierten Friedensvertrag zustande (Roth/Rübner 2019). Damit erhielten viele ehemals von Deutschland besetzte Länder und viele Opfer des Nationalsozialismus keine Entschädigung oder Anerkennung. Auch sind Versuche des Zentralrats der Juden, eine Erinnerung an die Shoah und eine Verpflichtung der Deutschen gegenüber den Opfern in den Einigungsvertrag aufzunehmen, gescheitert (Lehmann 1997: 409).

---

**Versuche des Zentralrats der Juden, eine Erinnerung an die Shoah und eine Verpflichtung der Deutschen gegenüber den Opfern in den deutschen Einigungsvertrag aufzunehmen, scheiterten.**

---

Dennoch ist die Vereinigung beider deutscher Nachkriegsgesellschaften nicht ganz ohne die Anerkennung von Verantwortung und Haftung erfolgt. Dem Einigungsvertrag wurde das Bekenntnis der DDR-Volkskammer vom 12. April 1990 beigefügt. Sein zentraler Satz lautet:

---

<sup>1</sup> Siehe dazu das Interview mit Dan Diner im Deutschlandfunk am 18. August 2016: „Ein Kampf um die Seele der BRD“. Online: [https://www.deutschlandfunk.de/historikerstreit-ein-kampf-um-die-seele-der-brd.691.de.html?dram:article\\_id=363483](https://www.deutschlandfunk.de/historikerstreit-ein-kampf-um-die-seele-der-brd.691.de.html?dram:article_id=363483) [13.11.2019].

„*Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermessliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma. Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir unsere Verantwortung für die Zukunft ableiten.*“ (Zitiert nach Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik 1990)

Außerdem hat der „Runde Tisch“ der DDR am 12. Februar 1990 in der Sowjetunion verfolgte Juden und Jüdinnen zur Einwanderung eingeladen (Thaysen 2000: 781). Etwa 220.000 Menschen kamen.<sup>2</sup> Die Innenminister der vereinigten Republik übernahmen diese Entscheidung 1991.

Darüber hinaus wurde die in der DDR verweigerte Entschädigung für entzogenes Eigentum von Juden und Jüdinnen im Paragraf §1,6 des Vermögensgesetzes nachgeholt.<sup>3</sup> Auf Druck überlebender Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen aus vielen Ländern wurde die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung Zukunft“ gegründet.<sup>4</sup> Die BRD schloss nach 1989/90 auch mit Polen, der Russischen Föderation, der Ukraine und Belarus sogenannte „Globalabkommen“ ab, die einige der Schäden ausglich, die die Deutschen in den Ländern durch Krieg, Besatzung, Ausplünderung und Mord hinterlassen hatten (Hockerts 2013: 15ff.). Nicht zuletzt hat Bundeskanzlerin Angela Merkel 2008 in einer Rede vor dem Parlament Israels erklärt, die Sicherheit Israels sei „Staatsräson“ der Bundesrepublik (Bundesregierung 2008).

Teil der Neukonstituierung der Republik war auch die Reform des auf dem Blutrecht beruhenden alten Staatsbürgerschaftsrechts (Blechinger/Bülow 2000). Damit verabschiedete sich die BRD von der Idee einer völkischen, kulturell homogenen Gesellschaft.

Wie schwer sich die vereinigte Republik mit der Anerkennung und Zurückweisung dieser rassistischen Nationaltradition tut, zeigt sich jedoch an der bisherigen Nicht-Anerkennung des Völkermords, den deutsche Truppen 1904 in der Kolonie „Deutsch-Südwest“ an den Herero und Nama begingen (Brumlik/Wojak 2004). Dieser Genozid wird bislang von der BRD weder anerkannt, noch wurden die Überlebenden entschädigt.

## Neue Rechte

Mit dem Untergang der DDR und ihrem Beitritt zur BRD ist ein neuer Teilnehmer des Streits um die „Seele“ der Bundesrepublik entstanden, eine politische Partei, die mehr als nur die „Relativierung“ und „Historisierung“ von Shoah und Zivilisationsbruch fordert. Die Komplikationen des DDR-Transformationsprozesses in den fünf neuen Ländern und die in beiden Gesellschaften unbearbeitet

---

<sup>2</sup> Allerdings wurden die sowjetischen Juden und Jüdinnen lediglich als „Kontingentflüchtlinge“ aufgenommen. Dieser Status stellt sie deutschen Staatsbürgern rechtlich nicht gleich (Beck 2019: 133ff.).

<sup>3</sup> Siehe: Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen. Online: <https://www.gesetze-im-internet.de/vermg/BJNR211590990.html> [20.03.2020].

<sup>4</sup> Siehe Internetauftritt der „Stiftung Erinnerung, Verantwortung Zukunft“. Online: <https://www.stiftung-evz.de/stiftung/geschichte.html> [20.03.2020].

gebliebene nationalsozialistische Vergangenheit ließen eine völkische Bewegung entstehen, die nach vielen pogromartigen Explosionen in den fünf neuen Bundesländern als Pegida<sup>5</sup> die politische Bühne betrat. Mittlerweile hat Pegida, unterstützt und angetrieben von der „Neuen Rechten“, die 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD) in ihren bundesweit agierenden parlamentarischen Arm verwandelt. Im Kern halten diese soziale Bewegung und ihr parlamentarischer Arm an der völkischen Tradition fest, dass eine Gesellschaft nur dann überlebensfähig ist, wenn alle ihrer Mitglieder gleicher Abstammung sind.

Zusätzlich soll einer Haltung zum Durchbruch verholfen werden, die weit über Geschichtsrevisonismus hinausgeht. Erinnerung und Analyse von Shoah und Zivilisationsbruch selbst sollen als jüdische, amerikanische, westliche Erzählung diskreditiert werden, die dem deutschen Volk durch die „Nürnberger Prozesse“ von der Anti-Hitlerkoalition und den willigen Eliten aufgezwungen wurde, um seine nationale Würde zu brechen. Die „Neue Rechte“ befördert diese Narration bereits viele Jahre in den gesellschaftlichen Diskurs. Caspar von Schrenk-Notzing hat sie 1965 mit der Publikation „Charakterwäsche – Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen“ in Umlauf gebracht (von Schrenk-Notzing 1965).

### **Linke Shoah-Relativierung**

Mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz der BRD ist außerdem ein Thema in die öffentliche Auseinandersetzung geraten, das im alten „Historikerstreit“ weitgehend fehlte. Es gibt eine Lesart der marxistischen Faschismusanalyse und des Antifaschismus, die die Shoah und den Zivilisationsbruch als Extremfall eines aggressiven Kapitalismus relativiert und als Konsequenz daraus Kriege gegen Israel und USA als antifaschistische Aufgabe propagiert (Kahane 2018; vgl. Beitrag von Thiele in diesem Band). Verfechter einer solchen Narration

zielen auf einen deutschen Sozialismus. Seit der Vertreibung vieler Juden und Jüdinnen aus der DDR im Winter 1952/53 (Hartewig 2000) und dem Sechs-Tage-Krieg 1967 gibt es Sozialisten und Sozialistinnen und Kommunisten und Kommunistinnen, die Juden und Jüdinnen und Amerikaner und Amerikanerinnen als Nachfolger der Faschisten angreifen (Herf 2016).

Die linke Relativierung der Shoah existiert heute auch noch in anderer Form. Die Geschichte des deutschen Kolonialismus und des Völkermords an den Herero und Nama 1904 wurde erst nach der Vereinigung Teil der gesellschaftlichen Debatte. Der Historiker Jürgen Zimmerer verteidigt in dieser Auseinandersetzung die Auffassung, dass Shoah und Zivilisationsbruch lediglich eine Fortsetzung deutscher Kolonialverbrechen seien (Angele/Augstein 2017). Die Behauptung, dieser Genozid und die Kolonialverbrechen anderer Gesellschaften seien der Shoah gleichzusetzen, ist heute ebenfalls Teil der „linken“ Relativierung von Shoah und Zivilisationsbruch.

---

**In der Linken gibt es eine marxistische Faschismusanalyse und Lesart des Antifaschismus, die die Shoah als Extremfall eines aggressiven Kapitalismus relativiert und als Konsequenz daraus Kriege gegen Israel und USA als antifaschistische Aufgabe propagiert.**

---

---

<sup>5</sup> Pegida steht für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“.

Allerdings gibt es in der radikalen Linken, außerhalb der Partei Die Linke, z. B. im Umfeld der Zeitschrift *Jungle World* (Bosic 2007), Hinweise darauf, dass die linke Relativierung der Shoah überwunden werden kann. Bislang sind die Zeichen eines solchen Wandels jedoch gering.

### **Einwanderungsgesellschaft**

Eine weitere gewichtige Veränderung im sich fortsetzenden Streit um die „Seele“ der neuen BRD ist der Wandel der deutschen Gesellschaft zur Einwanderungsgesellschaft. Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge gehören zum selbstverständlichen Erscheinungsbild.

In dieser Einwanderungsgesellschaft spielen auch Diskurse und Gedächtnisse der Herkunftsgesellschaften der Eingewanderten eine Rolle. Mit den vermehrten Anschlägen islamistischer Terroristen in Europa wird in der BRD besonders jene Relativierung von Shoah und Zivilisationsbruch diskutiert, die zunächst von deutschen Nazis in arabische Gesellschaften exportiert wurde (Herf 2010) und inzwischen Teil verschiedener Strömungen des radikalen Islams geworden ist. Die Akteure dieser Strömungen leugnen entweder die Shoah ganz und streiten die lange Geschichte jüdischer Gemeinschaften im Nahen Osten ab oder sie imaginieren Flucht und Vertreibung von Arabern während des israelischen Unabhängigkeitskrieges als ein mit der Shoah gleichzusetzendes Verbrechen (Litvak/Webman 2009; Weinstock 2020).

---

**Islamistische Akteure leugnen entweder die Shoah oder imaginieren Flucht und Vertreibung von Arabern während des israelischen Unabhängigkeitskrieges als ein mit der Shoah gleichzusetzendes Verbrechen.**

---

In den 1970er Jahren hatte der damals noch eher säkular argumentierende Antizionismus, vertreten von unterschiedlichen palästinensischen Organisationen, auf der rechts- und linksradikalen Seite des politischen Spektrums in Deutschland seine Freunde. SED und DDR unterstützten den Krieg der PLO und der arabischen Staaten gegen Israel ideologisch und militärisch. Die von diesem Antizionismus propagierte Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus traf sich damals und trifft sich heute mit sekundär-antisemitischen Orientierungen einheimischer linker wie rechter deutscher Radikaler (Jander 2017).

### **Konservatismus, Vertriebene, DDR-Bürgerrechtler und -Bürgerrechtlerinnen**

Nicht wesentlich verändert hat sich im Vergleich zum historischen „Historikerstreit“ der konservative Zugang zur Geschichtsschreibung, der dem Totalitarismus-Paradigma folgt. Offene Legitimationen des Krieges gegen die Sowjetunion, wie bei Ernst Nolte (1986), sind im Wissenschaftsbetrieb heute selten. Die Gleichsetzung von Shoah und Zivilisationsbruch und Stalinismus aber hat an Einfluss gewonnen – insbesondere in der wissenschaftlichen und publizistischen Auseinandersetzung über die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit.

Der totalitarismustheoretische Zugang zur Analyse stalinistischer Verbrechen war politisch in der alten BRD deshalb so geschätzt, da er eine Gleichsetzung der deutschen Vertreibungsoffer mit den Opfern der deutschen nationalsozialistischen Politik erlaubte. Insbesondere der Bund der Vertriebenen (Goschler 2005: 873ff.), aber auch der Dachverband von DDR-Opfergruppen, die UOKG (Jander

2013: 125ff.), bedienen sich bis heute dieses Zugangs. Dieser Ansatz hat nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten neue Unterstützung aus dem Milieu der DDR-Bürgerrechtler und -Bürgerrechtlerinnen gewonnen. Einige von ihnen – die Historiker Ilko Sascha Kowalczyk, Erhart Neubert und der kürzlich verstorbene Bernd Eisenfeld – nutzen ihn, um eine angeblich von westdeutschen Intellektuellen geförderte „Holocaust Identität“ (Eisenfeld et al. 2004: 19) zu delegitimieren und eine nationale „Gründungslegende“ (ebd.: 819) der vereinigten BRD zu formulieren (Jander 2019).

---

**Der totalitarismustheoretische Zugang zur Analyse stalinistischer Verbrechen war politisch in der alten BRD so geschätzt, da er eine Gleichsetzung der deutschen Vertreibungsoffer mit den Opfern der nationalsozialistischen Politik erlaubte.**

---

### **Sozialdemokratie**

Ein Unterschied zum historischen „Historikerstreit“ besteht weiterhin darin, dass Historiker und Historikerinnen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, die der deutschen Sozialdemokratie nahestehen und noch im „Historikerstreit“ gegen die konservative Form der Shoah-Relativierung fochten, spätestens seit der Neugründung der Republik eine Wende vollzogen.

In nicht wenigen ihrer Bücher seit dem Ende der DDR wird Shoah und Zivilisationsbruch zwar Raum gewidmet. Sie werden jedoch im Kern nur als extremer Ausdruck des destruktiven Potenzials der Moderne verortet (Jarusch 2015). Das 20. Jahrhundert wird nicht selten, alle Unterschiede zwischen Nationalsozialismus, Kapitalismus und Stalinismus einebnend, als ein „Zeitalter der Extreme“ (Hobsbawm 1998) dargestellt.

Mit einer alle Unterschiede nivellierenden Darstellung wird, ähnlich wie im Totalitarismuskonzept, die Shoah auf einen Völkermord unter vielen reduziert und damit einer Relativierung von Verantwortung und Haftung der Bundesrepublik Vorschub geleistet.

Der Historiker Nicolas Berg ging in seiner 2003 publizierte Studie „Der Holocaust und die westdeutschen Historiker“ noch weiter. Er erhob den begründeten Vorwurf, die Geschichtsschreibung bedeutender deutscher sozialdemokratischer Historiker und Historikerinnen bilde ein täterzentriertes Erklärungsmuster des Nationalsozialismus und der Judenverfolgung ab (Berg 2003: 576). Ein Buch, etwa Saul Friedländers „Das Dritte Reich und die Juden“ (Friedländer 1998/2006), das vorrangig die Opfer der Shoah zu Wort kommen ließ, ist in der sozialdemokratischen Form der Geschichtsschreibung und in der deutschen Geschichtsschreibung generell bis heute nicht entstanden.

Eine große Zahl der Historikerinnen und Historiker, die der SPD nahestehen, spricht darüber hinaus davon, dass mit der Einigung beider deutscher Staaten der antiwestliche, vordemokratische Sonderweg der deutschen Gesellschaft in Europa an ein Ende gekommen sei (Winkler 2000: 640ff). Da kann es nicht ausbleiben, dass die gegenwärtigen Phänomene des immer noch virulenten völkischen Nationalismus, des Antisemitismus und Rassismus unterschätzt werden. Dies gilt selbstverständlich nicht für alle Historiker, die dieser Tradition zugerechnet werden können. Die neueste Veröffentlichung von Norbert Frei et al. (2019) etwa zeigt, dass auch andere Zugänge möglich sind.

## Jüdische Stimmen

Dass der historische „Historikerstreit“ 1986 auch ein wichtiger Ort der öffentlichen Artikulation jüdischer Überlebender in der (alten) BRD und weltweit wurde, wird selten erinnert. Wichtige Stimmen von Überlebenden und den Nachfahren jüdischer Überlebender, wie Henryk M. Broder, Ralph Giordano, Dan Diner, Andrei Markovits oder Jeffrey Herf, haben seither öffentliches Gewicht. Seit den 1970er Jahren begannen die Genannten und andere insbesondere linke deutsche Haltungen infrage zu stellen, die zwar begonnen hatten, sich mit Auschwitz auseinanderzusetzen, aber Solidarität mit den Überlebenden und mit dem Staat Israel zurückwiesen. Ohne ihre Interventionen wären Zeitschriften wie die erwähnte Jungle World nie entstanden.

---

**Dass der Historikerstreit von 1986 auch ein wichtiger Ort der öffentlichen Artikulation jüdischer Überlebender in der alten BRD und weltweit wurde, wird selten erinnert.**

---

Der seit Januar 1996 in der BRD eingeführte Holocaustgedenktag am 27. Januar (Bundesgesetzblatt 1996) anlässlich der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Truppen der Roten Armee hat nicht nur das Gewicht ihrer Stimmen in der Öffentlichkeit, sondern auch das vieler anderer Überlebender und Opfer von Shoah und Zivilisationsbruch erweitert. Anders als noch zu den Zeiten des „Historikerstreits“ ist das Gewicht dieser Stimmen durch die jährliche Gedenkstunde des Bundestages, die in den Medien weite Verbreitung erreicht, keinesfalls mehr ein randständiges Ereignis.

Dennoch zeigte zum Beispiel eine von Harald Welzer und anderen 2002 veröffentlichte Studie (Welzer et al. 2002), die sich mit der zentralen Instanz der Vermittlung von Geschichtsbildern, dem Familiengedächtnis, beschäftigte, dass die Botschaft solcher Veranstaltungen in großen Teilen der Gesellschaft nicht geteilt wird. Die Generation der Enkel der Nazitäter und -täterinnen, auch wenn sie in Umrissen durchaus Kenntnis von der Geschichte des Nationalsozialismus und seinen Verbrechen hat, sieht ihre Großeltern in der Regel als Opfer des Nationalsozialismus, oder Mitläufer und Mitläuferinnen, häufig gar als Widerständler und Widerständlerinnen.

## Unvollendete Republik – gegenläufige Gedächtnisse

Die Shoah wird die Erinnerung von Juden und Jüdinnen auf alle Zeiten hin bewegen. Niemals zuvor war der Umstand eingetreten, dass Juden und Jüdinnen sich der Vernichtung durch keine Veränderung ihres eigenen Verhaltens entziehen konnten. Es handelt sich um ein Trauma der israelischen Gesellschaft und der Juden und Jüdinnen in der Diaspora, das nicht verblasen kann.

Shoah und Zivilisationsbruch sind auch zu einem Teil der Erinnerung der Weltgesellschaft geworden. Was einmal geschehen ist, kann wieder geschehen. Die Gründung eines jüdischen Staates, eines sicheren Ortes für Juden und Jüdinnen, und die Gründung der Vereinten Nationen und ihrer Charta sind der Versuch, Mechanismen zu entwickeln, einem neuen Zivilisationsbruch und einem neuen Versuch, alle Juden und Jüdinnen zu vernichten, vorzubeugen.



Dass die Shoah auch die heute nur noch zwei Nachfolgegesellschaften des Nationalsozialismus beschäftigen wird, ist ebenfalls unausweichlich. Dan Diner schrieb 1987:

„Seit Auschwitz kann tatsächlich von einer ‚deutsch-jüdischen Symbiose‘ gesprochen werden – freilich einer negativen: für beide, für Deutsche wie für Juden ist das Ergebnis der Massenvernichtung zum Ausgangspunkt ihres Selbstverständnisses geworden; eine Art gegensätzlicher Gemeinsamkeit – ob sie es wollen oder nicht. (Diner 1987: 185)“

Die politischen Eliten der Bundesrepublik, die vier Alliierten, DDR-Bürgerrechtler und -Bürgerrechtlerinnen und viele andere haben in den Prozess der Neugründung der Bundesrepublik verschiedene Regelungen und Vorschläge eingebracht, die der Bindung deutscher Politik an Shoah und Zivilisationsbruch Rechnung tragen. Es könnten noch mehr sein. Dennoch zeigt die Neugründung, dass anders als 1945, als die Mehrheit der Deutschen gegen ihren Willen vom Nationalsozialismus befreit werden musste, die nach der militärischen Befreiung beginnende Selbstbefreiung von völkischem Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus heute große Fortschritte gemacht hat.

Der Umgang mit der Erinnerung an Shoah und Zivilisationsbruch bei Historikern und Historikerinnen, Publizisten und Publizistinnen und dem sie tragenden Umfeld dagegen zeigt, dass in größeren Teilen der Gesellschaft dieser Fortschritt abgewehrt wird. Die Vorstellung von einer perfekten Aufarbeitung des Nationalsozialismus bezeichnet der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn deshalb zu Recht als „Lebenslüge“ der BRD (Salzborn 2020).

Anders als während des historischen „Historikerstreits“ gibt es heute eine Partei, die mit erheblicher Unterstützung in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft nicht nur den historischen Fortschritt in der politischen Kultur der Gesellschaft vollständig rückgängig machen will. Sie will die postnationale Demokratie abschaffen. Aber auch in anderen Sphären der Gesellschaft – bei Konservativen, bestimmten Gruppen der politischen Linken und Gruppen von Einwanderern und Einwandererinnen – sind Relativierung und Historisierung der Shoah erkennbar.

Dan Diner hat in einem jüngst neu aufgelegten Buch (Diner 2020) von „gegenläufigen Gedächtnissen“ gesprochen. Er zeigt, dass in vielen Gesellschaften nach dem Ende des Kalten Krieges die Botschaft der Erinnerung an Shoah und Zivilisationsbruch nicht angenommen wird. Eine Hauptform der Zurückweisung besteht in der Kreation jeweils nationaler Opfernarrative, in denen selbst erfahrenes Leid mit dem der Opfer der Shoah und des Zivilisationsbruchs gleichgesetzt wird (Diner 2020: 100). Dieser Prozess spiegelt sich in den Diskursen der Intellektuellen in der BRD, die in verschiedener Form geschichtliches Urteilen sowie die Differenzierung zwischen Shoah und anderen Massenverbrechen verweigern. In erheblichen Teilen der Gesellschaft wird die Erinnerung gar als Bedrohung der deutschen Nation vollkommen zurückgewiesen.

---

**Shoah und Zivilisationsbruch sind auch zu einem Teil der Erinnerung der Weltgesellschaft geworden.**

---

**Dr. Martin Jander**, geboren am 21. Januar 1955, ist Historiker. Seine Dissertation verfasste er 1995 zum Themenbereich DDR-Opposition. Er unterrichtet moderne deutsche Geschichte im europäischen Kontext an den Dependancen der Stanford University und New York University in Berlin sowie im Programm von FU-BEST. Jander arbeitete bis 2017 mit Wolfgang Kraushaar und Thomas Skelton-Robinson an einer Chronik des linken deutschen Terrorismus und seiner internationalen Verbindungen. Er schreibt für verschiedene Tageszeitungen sowie die Internet-Plattformen „starke meinungen“ und „haGalil – Jüdisches Leben online“. Er hat verschiedene Reiseführer sowie Arbeitshefte für Geschichtslehrer in der Reihe „Geschichte betrifft uns“ des Bergmoser + Höller Verlages veröffentlicht und bietet außerdem Stadtführungen in Berlin und Potsdam an: [www.unwrapping-history.de](http://www.unwrapping-history.de).

## Literatur:

- Angele, Michael/Augstein, Jakob (2017): Vor Auschwitz: Interview mit Alan Posener und Jürgen Zimmerer. Online: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/vor-auschwitz> [03.12.2019].
- Augstein, Rudolf/Bracher, Karl D./Broszat, Martin/Habermas, Jürgen/Fest, Joachim C. (1997): Historikerstreit: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. Piper: München.
- Beck, Volker (2019): Wider die Ungleichbehandlung der Rückkehrer: Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer im Renten- und Staatsbürgerschaftsrecht. In: Osteuropa, 69, Heft 9–11, S. 133–165.
- Berg, Nicolas (2003): Der Holocaust und die westdeutschen Historiker: Erforschung und Erinnerung. Wallstein: Göttingen.
- Bleching, Jürgen/Bülow, Carola [Hrsg.] (2000): Das neue Staatsangehörigkeitsrecht. Forum-Verlag: Leipzig.
- Bosic, Ivo (2007): Wie man einen Dschungel pflanzt. In: Jungle World, Heft 26. Online: <https://jungle.world/artikel/2007/26/wie-man-einen-dschungel-pflanzt> [20.03.2020].
- Brumlik, Micha/Wojak, Irmtrud (2004): Völkermord und Kriegsverbrechen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Campus: Frankfurt a. M.
- Bundesgesetzblatt (1996): Teil I, S. 17. Online: <http://archiv.jura.uni-saarland.de/BGB/TEIL1/1996/19960017.1.HTML> [25.03.2020].
- Bundesregierung (2008): Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am 18. März 2008 in Jerusalem. Online: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796170> [06.12.2019].
- Diner, Dan (1987): Negative Symbiose. In: Ders. [Hrsg.]: Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Fischer: Frankfurt a. M., S. 185–197.
- Diner, Dan [Hrsg.] (1988): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Fischer: Frankfurt a. M.
- Diner, Dan (2020 [2007]): Gegenläufige Gedächtnisse, Vandenhoeck und Ruprecht: Göttingen.
- Eisenfeld, Bernd/Kowalczyk, Ilko S./Neubert, Erhart (2004): Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1955 in der deutschen Geschichte. Edition Temmen: Bremen.
- Friedländer, Saul (1998/2006): Das Dritte Reich und die Juden. 2 Bände. C. H. Beck: München.

- Frei, Norbert/Maubach, Franka/Morina, Christina/Tändler, Maik (2019): *Zur rechten Zeit: Wider die Rückkehr des Nationalismus*. Ullstein: Berlin.
- Goschler, Constantin (2005): „Versöhnung“ und „Viktimisierung“. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)*, 53, Heft 10, S. 873–884.
- Hartewig, Karin (2000): *Zurückgekehrt: Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*. Böhlau: Köln.
- Herf, Jeffrey (2010): *Nazi Propaganda for the Arab World*. Yale University Press: New Haven.
- Herf, Jeffrey (2016): *Undeclared Wars with Israel*. Cambridge University Press: Cambridge.
- Hobsbawm, Eric (1998): *Das Zeitalter der Extreme*. dtv-Verlagsgesellschaft: München.
- Hockerts, Hans G. (2013): *Widergutmachung in Deutschland 1945–1990*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 63, Heft 25–26, S. 15–22.
- Hoffmann, Lutz (1990): *Die unvollendete Republik: Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat*. PapyRossa: Köln.
- Jander, Martin (2013): *Kultur der Aufrechnung*. In: Wolfgang Benz [Hrsg.]: *Ein Kampf um die Deutungshoheit: Anatomie des Streits um die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam*. Metropol: Berlin, S. 125ff.
- Jander, Martin (2017): *Antisemitism and Anti-Zionism in West Germany in the 1970s: Lessons for Today*. Online: <https://fathomjournal.org/antisemitism-and-anti-zionism-in-west-germany-in-the-1970s-lessons-for-today/> [20.03.2020].
- Jander, Martin (2019): *Nationale Gründungslegende statt Verfassungspatriotismus?* Online: <https://starke-meinungen.de/blog/2019/08/05/nationale-gruendungslegende-statt-verfassungspatriotismus/> [02.12.2019].
- Jarausch, Konrad (2015): *Out of Ashes: A new History of Europe in the Twentieth Century*. Princeton University Press: Princeton.
- Kahane, Anetta (2018): *Von der ideologischen Schuldabwehr zur völkischen Propaganda*. In: Heitzer, Enrico/Jander, Martin/Kahane, Anetta/Poutrous, Patrice G. [Hrsg.]: *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung*. Wochenschau Wissenschaft: Zürich, S. 264–276.
- Lehmann, Ines (1997): *Die deutsche Vereinigung von außen gesehen*. Band II. Peter Lang: Frankfurt a. M.
- Litvak, Meir/Webman, Esther (2009): *From Empathy to Denial. Arab Responses to the Holocaust*. Hurst & Company: London.
- Nolte, Ernst (1986): „Vergangenheit, die nicht vergehen will.“ In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Online: [www.1000dokumente.de/pdf/dok\\_0080\\_no\\_de.pdf](http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0080_no_de.pdf) [20.03.2020].
- Roth, Karl H./Rübner, Hartmut (2019): *Verdrängt – Vertagt – Zurückgewiesen: Die deutsche Reparationsschuld am Beispiel Polens und Griechenlands*. Metropol: Berlin.
- Schrenk-Notzing, Caspar von (1965): *Charakterwäsche: Die amerikanische Besetzung in Deutschland und ihre Folgen*. Seewald: Stuttgart.
- Salzborn, Samuel (2020): *Kollektive Unschuld: Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern*. Hentrich: Leipzig.
- Thaysen, Uwe [Hrsg.] (2000): *Der Zentrale Runde Tisch. Wortprotokoll und Dokumente, Band III*. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden.
- Volkammer der Deutschen Demokratischen Republik (1990): *Antrag aller Fraktionen der Volkammer der DDR zu einer Gemeinsamen Erklärung*, in: 10. Volkammer, Drucksache Nr. 4, 2. Sitzung am 12. April 1990. Online: [www.bundestag.de/parlament/geschichte/parlamentarismus/10\\_volkammer/mediathek/283478-283478](http://www.bundestag.de/parlament/geschichte/parlamentarismus/10_volkammer/mediathek/283478-283478) [20.03.2020].
- Weinstock, Nathan (2020): *Der zerrissene Faden: Wie die arabische Welt ihre Juden verlor 1947–1967*. ça ira-Verlag: Freiburg.
- Welzer, Harald/Moller, Sabine/Tschuggnall, Karoline (2002): *„Opa war kein Nazi“: Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*. Fischer: Frankfurt a. M.
- Winkler, Heinrich A. (2000): *Abschied von den Sonderwegen*. In: Ders. [Hrsg.]: *Der lange Weg nach Westen, Band II*. C. H. Beck: München, S. 640ff.
- Wyman, David S. [ed.] (1996): *The World reacts to the Holocaust*. Johns Hopkins University Press: Baltimore.



**„IN ERHEBLICHEN  
TEILEN DER  
DEUTSCHEN  
GESELLSCHAFT WIRD  
DIE ERINNERUNG  
AN DIE SHOAH ALS  
BEDROHUNG DER  
DEUTSCHEN NATION  
VOLLKOMMEN  
ZURÜCKGEWIESEN.“**